

Wartung- und Instandhaltungsvertrag für die USV-Anlagen im Betriebsgebäude Tunnel Innsbrucker Platz (TIP)

Zwischen

Die Autobahn GmbH des Bundes, Niederlassung Nordost,
An der Autobahn 111, 16540 Hohen Neuendorf OT Stolpe,

vertreten durch den Niederlassungsleiter Herr Ronald Normann,

vertreten durch die Geschäftsbereichsleiterin GB C Frau Kerstin Finis-Keck
(*nachfolgend „Auftraggeber“ oder **AG** genannt*),

und

[Name des Auftragnehmers], [Anschrift des Auftragnehmers],
vertreten durch [Name des Vertretungsberechtigten AN],
(*nachfolgend „Auftragnehmer“ oder AN genannt*),

wird folgender Wartungs- und Instandhaltungsvertrag geschlossen.

Inhalt

§ 1 Vertragsgegenstand	3
§ 2 Vertragsbestandteile	3
§ 4 Vertragslaufzeit und Kündigung	5
<u>§ 5 Störungsbeseitigung und Reaktionszeiten</u>	5
§ 6 Meldepflichten.....	6
§ 7 Materialeinsatz und Ersatzteile.....	7
§ 8 Personalvorgaben	8
§ 9 Vertraulichkeit (Geheimhaltung).....	9
§ 10 Datenschutz	9
§ 11 IT-Sicherheit und kritische Infrastruktur	10
§ 12 Verkehrsbehördliche Genehmigungen	11
§ 13 Persönliche Schutzausrüstung (PSA).....	11
§ 14 Haftpflichtversicherung	12
§ 15 Vergaberechtskonformität und Eignungsnachweise	12
§ 16 Nachhaltigkeit und Umweltschutz.....	13
§ 17 Rechnungsstellung und Zahlungsbedingungen	13
§ 18 Dokumentation und Audit	14
§ 19 Vertragskontrolle und Eskalation bei Leistungsstörungen	15
§ 20 Vertragsstrafen	16
§ 21 Schriftform und Vertragsänderungen	17
§ 22 Salvatorische Klausel	17
§ 23 Vertragssprache	17
§ 24 Rechts- und Gerichtsstandswahl	18

§ 1 Vertragsgegenstand

- (1) Der Auftragnehmer übernimmt die fachgerechte Wartung, Inspektion und Instandhaltung der vom Auftraggeber betriebenen USV-Anlagen im Betriebsgebäude Tunnel Innsbrucker Platz (TIP), die zur kritischen Infrastruktur zählen. Die vertragsgegenständlichen Anlagen sind in der beige-fügten Anlage WIV 1 aufgelistet. Gegenstand dieses Vertrags sind sämtliche hierfür erforderlichen Leistungen, um die permanente Betriebsbereitschaft und Sicherheit der betreuten Anlagen sicherzustellen. Der AN erbringt die Wartungsleistungen nach dem Stand der Technik – unter Beachtung aller einschlägigen gesetzlichen und technischen Vorschriften (insbesondere DIN VDE 0100-718, VDI 3810 Blatt 6 sowie anerkannten IT-Sicherheitsstandards wie ISO/IEC 27001).
- (2) Zum Leistungsumfang gehören alle regelmäßigen Wartungen (präventive Instandhaltung), turnusmäßigen Inspektionen sowie Störungsbeseitigungen im Bedarfsfall. Sämtliche Maßnahmen, die notwendig sind, um den ordnungsgemäßen Betrieb der Anlagen aufrechtzuerhalten, gelten als vom Vertragsgegenstand mitumfasst – auch wenn sie nicht einzeln aufgeführt sind. Das Ziel ist ein nachtragsfreier Vertrag: Leistungen, die zur Erreichung des Vertragszwecks erforderlich sind, aber nicht explizit genannt wurden, gelten als vereinbart, sofern sie üblicherweise zum Wartungsumfang solcher Anlagen gehören.

§ 2 Vertragsbestandteile

Vertragsbestandteile sind die folgenden Anlagen. Bei Widersprüchen gelten die Anlagen nachrangig zu diesem Vertragsdokument in der nachstehenden Rang- und Reihenfolge, und zwar unabhängig davon, ob sie im nachfolgenden Vertragstext nochmals gesondert in Bezug genommen werden:

Anlage WIV- Nr.	Bezeichnung	(Hinweis: Anlage 14 ist bei Bedarf auszufüllen)
1.	Leistungsbeschreibung	<input checked="" type="checkbox"/>
2.	Dokumentationsunterlagen	<input checked="" type="checkbox"/>
3.	Zusätzlichen technische Vertragsbedingungen (ZTV)	<input type="checkbox"/>
4.	Allgemeine Vertragsbedingungen für die Ausführung von Bauleistungen DIN 1961 (VOB/B)	<input checked="" type="checkbox"/>
5.	Kostenblätter Instandhaltung für die Jahre innerhalb der Mängelbeseitigungsfrist	<input checked="" type="checkbox"/>
6.	Kostenblätter Instandhaltung für die Jahre nach Ablauf der Mängelbeseitigungsfrist	<input checked="" type="checkbox"/>
7.	Kostenblätter für Instandsetzungen und Material außerhalb der Instandhaltungspauschale	<input checked="" type="checkbox"/>

Wartung- und Instandhaltungsvertrag
für die USV-Anlagen im Betriebsgebäude Tunnel Innsbrucker Platz (TIP)

8.	Kostenblätter für Stundenverrechnungssätze	<input checked="" type="checkbox"/>
9.	Kostenblatt für Fahrtkostenpauschale	<input checked="" type="checkbox"/>
10.	Kostenblatt für Fahrzeuge	<input checked="" type="checkbox"/>
11.	Arbeitskarten, Leistungsbeschreibung Instandhaltung	<input checked="" type="checkbox"/>
12.	Erklärung zur Richtigkeit des Wartungs- und Instandhaltungsberichtes	<input checked="" type="checkbox"/>
13.	Auflistung der Anlagenstandorte	<input checked="" type="checkbox"/>
14.	Verzeichnis der ausgenommenen Anlagenteile	<input checked="" type="checkbox"/>
15.	Mess- und Prüfprotokolle	<input checked="" type="checkbox"/>
16.	Ausführungszeiten für die Leistungen des Instandhaltungsvertrages / Arbeiten mit Beeinträchtigung des Verkehrs	<input checked="" type="checkbox"/>
17.	Liste der zutrittsberechtigten Personen	<input checked="" type="checkbox"/>
18.	Anschriften der Ansprechpartner	<input checked="" type="checkbox"/>
19.	Einzelabruf	<input checked="" type="checkbox"/>
20.	Wartungs-/Instandhaltungsbericht	<input checked="" type="checkbox"/>
21.	Ausfüllanleitung	<input checked="" type="checkbox"/>
22.	Anlagenliste des Zutrittskontrollsystem-Niederlassung Nordost – ggf. schon im LV? - sh. § 1 Abs. 1 WIV	<input checked="" type="checkbox"/>
23.	Mitarbeiterliste gem. § 8 WIV und § 8 VV	<input checked="" type="checkbox"/>
24.	Vertraulichkeitsvereinbarung (§ 9 WIV)	<input checked="" type="checkbox"/>
25.	Geheimhaltungskonzept § 2 VV	<input checked="" type="checkbox"/>
26.	Löschbestätigungsformblatt § 5 VV	<input checked="" type="checkbox"/>
27.	Auftragsverarbeitungsvereinbarung gemäß § 10 WIV	<input checked="" type="checkbox"/>
28.	Anlage 4 zum AVV (Anlage WIV 27) – Technische und organisatorische Maßnahmen (TOMs) der Auftragsverarbeitungsvereinbarung (Anlage WIV 27; Bestandteil AVV, keine eigenständige Anlage) (§ 10 WIV und § 3 Abs. 6 VV)	<input checked="" type="checkbox"/>
29.	Unterauftragnehmerliste gem. § 8 WIV und § 7 Abs. 2 VV	<input checked="" type="checkbox"/>

Wartung- und Instandhaltungsvertrag
für die USV-Anlagen im Betriebsgebäude Tunnel Innsbrucker Platz (TIP)

30.	KRITIS-Anforderungen § 11 WIV	<input checked="" type="checkbox"/>
31.	Betriebsvereinbarungen und interne Richtlinien § 6 VV	<input checked="" type="checkbox"/>
32.	Löschkonzept (zu Anlage WIV 26 / § 5 VV)	<input checked="" type="checkbox"/>

Die Geltung Allgemeiner Geschäftsbedingungen (AGB) des AN ist ausgeschlossen.

§ 3 Vergütung

Die Vergütung für die in § 1 beschriebenen Wartungs- und Instandhaltungsleistungen wird durch Zuschlagserteilung verbindlich festgelegt. Grundlage sind das mit dem Zuschlag angenommene Angebot des AN, das zugehörige Preisblatt mit Pauschal- und Einheitspreisen sowie die mit Zuschlag verbindlich festgestellte Anlagen- und Mengenliste. Ein Nachverhandeln von Preisen nach Zuschlag ist ausgeschlossen. Die Jahreswartungspauschale und die hieraus abgeleiteten Quartalsbeträge werden rechnerisch aus diesen Unterlagen ermittelt.

§ 4 Vertragslaufzeit und Kündigung

- (1) Dieser Vertrag wird auf eine feste Laufzeit von **vier (4) Jahren geschlossen** und beginnt mit Wirkung ab dem ----.-----20____. Er endet automatisch ohne Kündigungserfordernis am ----.-----20____.
- (2) Unbeschadet der festen Laufzeit ist der AG berechtigt, den Vertrag zum Ende eines jeden Quartals mit einer Frist von einem Monat ohne Angabe von Gründen zu kündigen. Der AN ist **nicht** zu einer ordentlichen Kündigung berechtigt.
- (3) Das Recht zur fristlosen Kündigung aus wichtigem Grund bleibt unberührt. Ein wichtiger Grund liegt insbesondere vor, wenn der AN wesentliche vertragliche Pflichten – insbesondere die vereinbarten Reaktionszeiten, Meldepflichten, Personalverfügbarkeiten, Datenschutz- oder Sicherheitsvorgaben – nicht oder nicht vollständig einhält.

§ 5 Störungsbeseitigung und Reaktionszeiten

- (1) Der AN garantiert im Störfall die Einhaltung folgender Reaktionszeiten, abgestuft nach Priorität der Störung. Der AG teilt Störungen in drei Prioritätsstufen ein (Priorität 1 bis 3); für jede Priorität gelten die folgenden verbindlichen Fristen. Im Störfall erfolgt die Reaktion des AN in zwei Stufen: zunächst über Fernmaßnahme (Remote-Fehleranalyse bzw. Remote Fehlerbehebung (z. B. per VPN/Cisco DUO)), anschließend - soweit erforderlich - mittels Präsenzeinsatz vor Ort. Der AN hat eigenständig die technische Notwendigkeit eines Präsenzeinsatzes zu bewerten.
- **Priorität 1 – Höchstkritische Störungen**, die zu einem gleichzeitigen Ausfall des Zutrittskontrollsystems an mindestens 2 Standorten führen: Erstreaktion (Rückmeldung) spätestens innerhalb von 15 Minuten nach Eingang der Störungsmeldung durch den AG. Beginn der Fernmaßnahme spätestens innerhalb von 30 Minuten nach Eingang der Störungsmeldung. Kann

Wartung- und Instandhaltungsvertrag
für die USV-Anlagen im Betriebsgebäude Tunnel Innsbrucker Platz (TIP)

die Störung per Fernmaßnahme nicht beseitigt werden, trifft qualifiziertes Personal des AN zum Präsenzeinsatz innerhalb von 4 Stunden vor Ort ein.

- **Priorität 2 – Kritische Störungen** mittlerer Dringlichkeit, die zu einem Ausfall des Zutrittskontrollsystems an einem Standort führt: Erstreaktion (Rückmeldung) spätestens innerhalb von 30 Minuten nach Eingang der Störungsmeldung durch den AG. Beginn der Fernmaßnahme spätestens innerhalb von 60 Minuten nach Eingang der Störungsmeldung. Kann die Störung per Fernmaßnahme nicht beseitigt werden, trifft qualifiziertes Personal des AN zum Präsenzeinsatz innerhalb von 8 Stunden vor Ort ein.
- **Priorität 3 – Nichtkritische Störungen** mit geringer Dringlichkeit, die zu einem nicht vollständigen Ausfall, jedoch gravierenden Betriebsbeeinträchtigungen an einem Standort führen: Erstreaktion (Rückmeldung) spätestens innerhalb von 60 Minuten nach Eingang der Störungsmeldung durch den AG. Beginn der Fernmaßnahme spätestens innerhalb von 120 Minuten nach Eingang der Störungsmeldung. Kann die Störung per Fernmaßnahme nicht beseitigt werden, trifft qualifiziertes Personal des AN zum Präsenzeinsatz innerhalb von 48 Stunden vor Ort ein.

Unabhängig von der Prioritätsstufe führt der AN unverzüglich nach Eingang der Störungsmeldung eine Remote-Fehleranalyse als Erstmaßnahme durch. Spätestens 30 Minuten nach Eingang der Störungsmeldung dokumentiert der AN verbindlich, ob eine Remotebehebung ausreicht oder ein Vor-Ort-Einsatz erforderlich ist. Diese Entscheidung ist zu protokollieren und dem AG auf Verlangen vorzulegen (Audit-Nachweis). Ein Fernzugriff ist dem AN vom AG 24/7 gestattet; der AN hat die hierfür notwendigen technischen und personellen Voraussetzungen jederzeit sicherzustellen. Der AG behält sich vor, die Prioritätseinstufung durch den AN jederzeit zu korrigieren und die Priorität der Störung neu festzulegen.

- (2) Die genannten Reaktionszeiten sind Höchstgrenzen; der AN wird nach Möglichkeit schneller reagieren und vor Ort eintreffen, um Ausfallzeiten so kurz wie möglich zu halten. Die Einhaltung dieser Fristen ist aufgrund der sicherheitsrelevanten Bedeutung der Anlagen unverzichtbar. Der AN hält eine entsprechende 24/7-Rufbereitschaft vor (auch nachts, an Wochenenden und Feiertagen), um die Vorgaben jederzeit erfüllen zu können.
- (3) Die Einhaltung der Reaktionszeiten ist nach Maßgabe des § 20 dieser Vereinbarung vertragsstrafenbewehrt.

§ 6 Meldepflichten

- (1) Der AN verpflichtet sich zur strikten Einhaltung folgender Melde- und Berichtspflichten gegenüber dem AG und dessen Leitstelle:
 - **Arbeitsbeginn und -ende:** Bei Arbeitsbeginn und nach Arbeitsende jeder Wartungs- oder Entstörungstätigkeit hat der AN unverzüglich eine telefonische Meldung an die Tunnelleitzentrale Berlin (Tel. 03303 580 4000, E-Mail: tlz-berlin@autobahn.de) abzusetzen. So wird der Leitstelle mitgeteilt, dass Personal des AN sich in den Anlagen befindet bzw. diese wieder verlässt.
 - **Störungsbericht:** Binnen 24 Stunden nach Behebung einer Störung übermittelt der AN dem AG einen schriftlichen Störungs- und Behebungsbericht. Darin sind die Art der Störung, die ergriffenen Maßnahmen zur Fehlerbehebung und der Zeitpunkt der Wiederherstellung der Betriebsbereitschaft zu dokumentieren.

Wartung- und Instandhaltungsvertrag
für die USV-Anlagen im Betriebsgebäude Tunnel Innsbrucker Platz (TIP)

- **Meldung größerer Defekte:** Stellt der AN einen größeren Defekt oder Schaden fest, der über eine Routine-Störungsbehebung hinausgeht (z. B. Ausfall einer Hauptkomponente, erheblicher Reparaturbedarf), so hat er dies innerhalb von 24 Stunden nach Feststellung schriftlich dem AG anzuzeigen. Innerhalb von 14 Kalendertagen nach dieser Meldung muss der AN dem AG ein schriftliches Angebot zur endgültigen Behebung des Defekts unterbreiten, einschließlich einer Einschätzung der voraussichtlichen Ausfallzeit und der benötigten Ersatzteile/Leistungen.
- (2) **Form der Meldungen:** Sämtliche Meldungen sind in der vom AG vorgegebenen Form (telefonisch, schriftlich per E-Mail oder über ein vorgesehenes Meldeportal) durchzuführen. Die Meldepflichten dienen der lückenlosen Dokumentation und der Sicherheit in den Anlagen; ihrer Einhaltung kommt erhebliche Bedeutung zu.

§ 7 Materialeinsatz und Ersatzteile

- (1) Der AN ist berechtigt und verpflichtet, im Rahmen der Wartung und Reparatur benötigte Materialien und Ersatzteile eigenständig zu beschaffen und einzusetzen, soweit dies zur sofortigen Betriebswiederherstellung oder Aufrechterhaltung der Anlagen erforderlich ist. Dabei gelten folgende Regelungen:
- **Freigabe kleiner Beschaffungen:** Der AN darf ohne vorherige Rücksprache mit dem AG Materialien bis zu einem Wert von **1.000 € (netto)** pro Einzelfall selbständig beschaffen und verbauen, sofern diese Ausgaben notwendig sind, um eine Störung zu beheben oder die Funktionsfähigkeit der Anlage zu gewährleisten. Diese Befugnis basiert auf § 14 UVgO und dient der Beschleunigung von Kleinreparaturen. Ausgaben über 1.000 € bis 15.000,00 EUR bedürfen der vorherigen textlichen Zustimmung des AG – es sei denn, es handelt sich um bereits vertraglich kalkulierte Verschleißteile im Wartungsplan.
 - **Dokumentation des Materialeinsatzes:** Der AN hat sämtliche verwendeten Materialien und Ersatzteile vollständig zu dokumentieren. In den Wartungs- oder Störungsprotokollen sind das eingesetzte Material (Bezeichnung, Typ), die Menge, das Einbaudatum sowie – sofern vom AN beschafft – die Kosten anzugeben. Auf Verlangen legt der AN dem AG Belege (Rechnungen, Lieferscheine) über beschaffte Materialien vor.
 - **Ersatzteilverhaltung:** Der AN sorgt für eine angemessene Ersatzteilbevorratung. Gängige Ersatz- und Verschleißteile für die betreuten Anlagen hält er in ausreichender Menge und möglichst ortsnahe verfügbar, um im Bedarfsfall unverzüglich Reparaturen durchführen zu können. Ziel ist es, Verzögerungen durch langwierige Beschaffungen zu vermeiden. Sollte ausnahmsweise ein dringend benötigtes Teil nicht vorrätig sein, verpflichtet sich der AN, dieses umgehend im Eilverfahren zu beschaffen und einzubauen, um eine Betriebsunterbrechung so kurz wie möglich zu halten.
- (2) **Produkt- und Rechtskonformität:** Alle im Rahmen der Leistungserbringung eingesetzten Komponenten, Materialien und Ersatzteile müssen den geltenden gesetzlichen Vorschriften entsprechen. Insbesondere müssen elektrische und elektronische Produkte die Anforderungen der einschlägigen EU-Richtlinien erfüllen und – soweit rechtlich vorgeschrieben – eine gültige CE-Kennzeichnung tragen. Der AN garantiert, dass keine von ihm gelieferten Materialien oder Leistungen gegen EU-Recht verstoßen oder die Betriebssicherheit der Anlagen beeinträchtigen.

§ 8 Personalvorgaben

- (1) Der AN stellt sicher, dass qualifiziertes Personal in ausreichender Anzahl für die Vertragsdurchführung zur Verfügung steht. Besondere Anforderungen werden an Zuverlässigkeit und Sicherheit des Personals gestellt.
- (2) **Keine Ein-Mann-Betriebe:** Unternehmen ohne weiteres Personal (Ein-Mann-Betriebe) sind als Auftragnehmer oder Unterauftragnehmer ausdrücklich ausgeschlossen. Der AN versichert, dass er kein Ein-Mann-Betrieb ist und auch keine Unterauftragnehmer einsetzt, die nur aus einer Einzelperson bestehen. Es muss stets sichergestellt sein, dass mindestens zwei fachkundige Mitarbeiter für die Leistungserbringung verfügbar sind, um Ausfallrisiken (z. B. im Krankheitsfall) zu vermeiden.
- (3) **Polizeiliche Führungszeugnisse:** Der AN hat für *sämtliche* Mitarbeiter, die im Rahmen dieses Vertrags in den Anlagen des AG eingesetzt werden, jährlich ein einwandfreies polizeiliches Führungszeugnis vorzulegen. Diese Führungszeugnisse sind jeweils zwischen dem 01.01. und dem 31.01. eines jeden Jahres unaufgefordert beim AG einzureichen. Ein Führungszeugnis gilt als einwandfrei, wenn es keine Einträge enthält, die einer Tätigkeit in sicherheitsrelevanter Infrastruktur entgegenstehen. Ohne gültiges Führungszeugnis darf ein Mitarbeiter nicht in Anlagen des AG tätig werden. Weist ein Führungszeugnis relevante Einträge auf, ist der AG berechtigt, den Einsatz des entsprechenden Mitarbeiters abzulehnen.
- (4) **Personalwechsel:** Der AN zeigt dem AG jeden geplanten Wechsel im eingesetzten und gemäß Anlage WIV 23 gemeldeten Personal *rechtzeitig* an. Der AG behält sich das Recht vor, jeden neuen Mitarbeiter vor Einsatz in den Anlagen auf Zuverlässigkeit zu prüfen und den Wechsel zu genehmigen. Hierzu kann der AG insbesondere die Vorlage der in diesem Vertrag geforderten Unterlagen (z. B. Führungszeugnisse) verlangen. Hat der AG berechtigte Bedenken gegen eine vorgeschlagene Person (etwa aufgrund fehlender Zuverlässigkeit oder Qualifikation), darf der AN diesen Mitarbeiter nicht einsetzen bzw. muss auf Verlangen des AG für geeigneten Ersatz sorgen.
- (5) Diese Personalvorgaben gelten für Mitarbeiter des AN wie auch für die Mitarbeiter der Unterauftragnehmer (Anlage WIV 23).

§ 9 Vertraulichkeit (Geheimhaltung)

Die Vertragsparteien regeln die vertrauliche Behandlung aller im Rahmen der Leistungserbringung erlangten vertraulichen Informationen in einer als Anlage WIV 24 beigefügten gesonderten Vertraulichkeitsvereinbarung.

§ 10 Datenschutz

(1) Die Vertragsparteien regeln die datenschutzrechtskonforme Behandlung der im Zuge der Vertragsdurchführung erhobenen personenbezogenen Daten sowie Betriebs- und Sicherheitsdaten des AG in einer als Anlage WIV 27 beigefügten gesonderten Auftragsverarbeitungsvereinbarung einschließlich deren Anlage 4 – Technische und organisatorische Maßnahmen (TOMs). Im Übrigen gelten die in nachfolgenden Absätzen geregelten Bestimmungen.

Datenschutz im Rahmen des Ausschreibungsverfahrens:

(2) Die im Angebot enthaltenen personenbezogenen Daten und sonstigen Angaben können u.U. von der Auftraggeberin und seinen Beauftragten im Rahmen seiner / ihrer Zuständigkeit erhoben, verarbeitet und genutzt werden. Eine Weitergabe dieser Daten an andere Stellen richtet sich nach den geltenden datenschutzrechtlichen Bestimmungen. Bieter werden die am Projekt beteiligten Mitarbeiter/innen über die Verarbeitung ihrer Daten (Name, dienstliche Erreichbarkeit, ggfls. Referenzen und Angaben zum beruflichen Werdegang und zur Qualifikation) informieren und die Rechtsgrundlage für die Verarbeitung dieser Daten sicherstellen.

Datenschutz im Rahmen der Vertragsdurchführung:

(3) Der AN wird alle vom AG übermittelten oder im Zuge der Vertragsdurchführung erhobenen personenbezogenen Daten sowie Betriebs- und Sicherheitsdaten des AG unter Einhaltung der geltenden Datenschutzbestimmungen verarbeiten. Insbesondere sind die Datenschutzrichtlinien der Autobahn GmbH des Bundes sowie die Vorgaben der EU-Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) und des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG) strikt zu beachten.

(4) Personenbezogene Daten dürfen vom AN ausschließlich zum Zwecke der Vertragserfüllung verwendet werden. Eine Weitergabe solcher Daten an Dritte ist nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung des AG und unter Beachtung der gesetzlichen Vorgaben zulässig. Der AN stellt sicher, dass sämtliche bei ihm beschäftigten Personen, die mit AG-Daten in Berührung kommen, schriftlich auf Vertraulichkeit und die Wahrung des Datenschutzes verpflichtet sind. Auf Verlangen des AG wird der AN entsprechende Verpflichtungserklärungen nachweisen.

(5) Im Falle eines Datenschutzvorfalls (z. B. Verlust oder unbefugte Offenlegung von AG-Daten) hat der AN den AG unverzüglich zu informieren und bei der Aufklärung sowie bei eventuellen Meldungen an Datenschutzaufsichtsbehörden aktiv mitzuwirken. Die Datenschutzpflichten des AN bestehen über das Vertragsende hinaus fort, soweit es um die Behandlung vertraulicher AG-Daten geht.

Wartung- und Instandhaltungsvertrag
für die USV-Anlagen im Betriebsgebäude Tunnel Innsbrucker Platz (TIP)

(6) Darüber hinaus hat der Auftragnehmer bei der Verarbeitung von personenbezogenen Daten im Rahmen seiner eigenen Verantwortlichkeit selbst für die Beachtung datenschutzrechtlicher Bestimmungen Sorge zu tragen. Der Auftragnehmer informiert die Betroffenen jeweils sachgerecht über die Beauftragung durch den Auftraggeber und die sich hieraus ergebenden Datenflüsse und lässt ihnen die Informationen gem. Art. 13, 14 DSGVO zukommen. Der Auftragnehmer hat die für die jeweilige Datenverarbeitung erforderliche Rechtsgrundlage sicherzustellen.

§ 11 IT-Sicherheit und kritische Infrastruktur

- (1) Dem AN ist bekannt, dass es sich bei der betreuten Anlage um eine kritische Infrastruktur im Sinne der BSI-Kritisverordnung (BSI-KritisV) handelt. Der AG fällt als Betreiber dieser Infrastruktur unter die Regelungen des BSI-Gesetzes (BSIG); insbesondere müssen gemäß § 31 BSIG angemessene organisatorische und technische Sicherheitsmaßnahmen nach dem aktuellen Stand der Technik umgesetzt werden. Der AN verpflichtet sich, alle einschlägigen IT-Sicherheitsvorgaben für KRITIS-Anlagen zu erfüllen und die Umsetzung dieser Maßnahmen aktiv zu unterstützen. Hierzu zählt insbesondere, dass der AN eigene IT-Systeme und -Prozesse, die im Zusammenhang mit der Leistungserbringung stehen, nach dem Stand der Technik absichert (orientiert z. B. an ISO/IEC 27001). Der AN wird auf Anforderung nachweisen, welche Maßnahmen zur Informationssicherheit ergriffen wurden. Die in Anlage WIV 30 „Informationssicherheit-/KRITIS-Anforderungen“ beschriebenen Anforderungen sind Bestandteil dieses Vertrages.
- (2) Sofern der AN im Zuge der Wartung Zugriff auf IT-Systeme des AG oder der Anlage erhält (z. B. via Fernwartung oder vor Ort durch Anschluss von Geräten), sind sämtliche Verbindungen und Zugriffe gegen unbefugten Zugriff zu schützen (etwa durch VPN, starke Authentifizierung, aktuelle Sicherheitsupdates der eingesetzten Software etc.). Der AN stellt sicher, dass keine Schadsoftware oder sonstigen Sicherheitsrisiken in die Anlagen des AG eingebracht werden. Ein etwaiger Fernzugriff darf nur nach vorheriger Freigabe durch den AG und ausschließlich in der genehmigten Weise erfolgen.
- (3) **Meldepflicht bei IT-Sicherheitsvorfällen:** Erkennt der AN einen IT-Sicherheitsvorfall oder Schwachstellen, die die Sicherheit oder Verfügbarkeit der betreuten Anlage gefährden könnten (etwa einen Cyberangriff, einen Virusbefall, unbefugte Zugriffe auf Steuerungsanlagen), so hat er den AG hierüber unverzüglich zu informieren. Dies gilt unabhängig von den allgemeinen Störungsmeldungen nach § 5. Der AN unterstützt den AG bei der Untersuchung von Sicherheitsvorfällen und bei der Erfüllung eventueller Meldepflichten gegenüber dem BSI.
- (4) **Audits und Prüfungen:** Der AN akzeptiert, dass der AG oder von diesem beauftragte Dritte berechtigt sind, die Einhaltung der IT-Sicherheitsanforderungen durch den AN im Rahmen von Audits zu überprüfen. Dies kann z. B. in Form von Sicherheitsaudits, Penetrationstests oder der Einsicht in Sicherheitsdokumentationen des AN geschehen. Festgestellte Mängel sind vom AN unverzüglich zu beheben. Kommt der AN IT-Sicherheitsauflagen nicht nach, gilt dies als erheblicher Vertragsverstoß, der den AG zum Eingreifen nach § 18 (Eskalation) und ggf. zur fristlosen Kündigung berechtigt.

§ 12 Verkehrsbehördliche Genehmigungen

- (1) Sofern für Arbeiten auf Bundesautobahnen im Rahmen dieses Vertrags eine **Spur- oder Vollsperrung** erforderlich wird, obliegt es dem AN, die dafür notwendigen verkehrsbehördlichen Genehmigungen eigenständig zu beantragen. Dabei sind folgende Punkte zu beachten:
- **Abstimmung mit dem AG:** Vor Antragstellung stimmt der AN die geplante Sperrung schriftlich mit dem AG ab. Insbesondere sind Dauer, Umfang, betroffener Autobahnabschnitt und der vorgesehene Zeitpunkt der Sperrung vorab mit dem AG zu klären. Eine Beantragung bei der zuständigen Behörde darf erst erfolgen, nachdem der AG schriftlich zugestimmt hat.
 - **Durchführung der Sperrung:** Die Arbeiten während der Sperrung sind in enger Koordination mit der Behörde und gemäß den erteilten Auflagen durchzuführen. Der AN hält alle vom AG vorgegebenen verbindlichen Verhaltensregeln während der Sperrzeit ein. Hierzu zählen z. B. Sicherheitsanweisungen für Arbeiten auf Autobahnen, Vorgaben zur Beschilderung und Absicherung der Arbeitsstelle sowie zeitliche Vorgaben (etwa Arbeiten nur in verkehrsarmen Nachtstunden bei Vollsperrungen).
 - **Kosten und Vergütung:** Etwaige besondere Leistungen im Zusammenhang mit Sperrungen (Verkehrssicherungsmaßnahmen, Gebühren für Genehmigungen, zusätzlicher Personaleinsatz etc.) werden gesondert vergütet, sofern nichts Abweichendes schriftlich vereinbart ist. Solche Leistungen sind nicht in einer pauschalen Wartungsvergütung enthalten. Der AN hat dem AG über angefallene Kosten Nachweis zu geben und darf sie nur gemäß vertraglicher Vereinbarung in Rechnung stellen.
- (2) Der AN trägt die Verantwortung dafür, alle nötigen Anträge rechtzeitig zu stellen, sodass die behördlichen Genehmigungen vor Beginn der Arbeiten vorliegen. Verzögerungen oder Zusatzkosten infolge verspäteter oder unterlassener Antragsstellung hat der AN zu vertreten.

§ 13 Persönliche Schutzausrüstung (PSA)

- (1) Der AN stellt sicher, dass sein gesamtes Einsatzpersonal, während der Arbeiten in den Anlagen des AG die vorgeschriebene Schutzkleidung und Schutzausrüstung trägt. Insbesondere ist folgende PSA zwingend zu verwenden:
- **Schutzkleidung:** Warnschutzkleidung (Warnweste oder -jacke nach DIN EN ISO 20471) bei Arbeiten im Bereich von Verkehrsflächen; außerdem strapazierfähige Arbeitskleidung, angepasst an Tätigkeit und Witterung.
 - **Sicherheitsschuhe:** Mindestens Schutzklasse S3 nach DIN EN ISO 20345, um Fußverletzungen vorzubeugen.
 - **Weitere PSA:** Je nach Art der Tätigkeit sind geeignete Schutzhandschuhe, Schutzhelm (bei Gefahr herabfallender Gegenstände oder in beengten Räumen), Gehörschutz (bei Lärmbelastung), Augen-/Gesichtsschutz (bei Schleif-, Schneid- oder Schweißarbeiten) sowie Absturzsicherung (bei Arbeiten in Höhen) bereitzuhalten und zu tragen. Die konkret erforderliche PSA richtet sich nach der Gefährdungsbeurteilung für die jeweilige Tätigkeit.
- (2) Der AN ist dafür verantwortlich, dass alle Arbeitsschutz- und Unfallverhütungsvorschriften eingehalten werden. Das Personal des AN ist vor Einsatz entsprechend zu unterweisen; der AN überwacht die Einhaltung der PSA-Pflicht während der Arbeiten. Der AG (bzw. dessen Beauftragte) ist

Wartung- und Instandhaltungsvertrag
für die USV-Anlagen im Betriebsgebäude Tunnel Innsbrucker Platz (TIP)

berechtigt, die Einhaltung der PSA-Vorschriften jederzeit vor Ort zu kontrollieren. Bei Verstößen kann der AG verlangen, dass der betreffende Mitarbeiter die Arbeit unterbricht und die Mängel unverzüglich behebt; bis dahin darf die Person nicht weiter in den Anlagen tätig sein. Alle hieraus entstehenden Verzögerungen gehen zu Lasten des AN.

§ 14 Haftpflichtversicherung

- (1) Der AN ist verpflichtet, auf eigene Kosten eine Betriebshaftpflichtversicherung abzuschließen und während der gesamten Vertragslaufzeit aufrechtzuerhalten, die eine Mindestdeckungssumme von 5.000.000 € je Schadensfall für Personenschäden und 5.000.000 € je Schadensfall für Sachschäden vorsieht. Der Versicherungsschutz muss alle Tätigkeiten abdecken, die aus oder im Zusammenhang mit der Erfüllung dieses Vertrags entstehen (einschließlich Arbeiten auf Verkehrsflächen, in Tunneln sowie an elektrischen und sonstigen technischen Anlagen).
- (2) Auf Verlangen des AG hat der AN einen geeigneten Versicherungsnachweis vorzulegen (z. B. Kopie des Versicherungsscheins oder aktuelle schriftliche Bestätigung des Versicherers), aus dem die Deckungssummen und der Geltungsbereich ersichtlich sind. Der AN wird den AG ferner un-
aufgefordert informieren, wenn wesentliche Änderungen im Versicherungsschutz eintreten (etwa Kündigung oder Reduzierung der Deckungssumme), und spätestens einen Monat vor Wirksamwerden der Änderung schriftlich darlegen, wie weiterhin ein adäquater Versicherungsschutz sichergestellt wird.
- (3) Ein fehlender oder unzureichender Versicherungsschutz seitens des AN stellt einen wesentlichen Vertragsverstoß dar und berechtigt den AG, den Vertrag aus wichtigem Grund zu kündigen, sofern der AN nicht binnen angemessener Frist für Abhilfe sorgt (d. h. Abschluss einer entsprechenden Versicherung). Weitergehende Ansprüche des AG bleiben unberührt.

§ 15 Vergaberechtskonformität und Eignungsnachweise

- (1) Der AN versichert, dass keine Ausschlussgründe nach §§ 123, 124 GWB vorliegen, die einer Beauftragung entgegenstehen könnten. Insbesondere bestätigt der AN, dass weder er selbst noch verantwortliche Personen seines Unternehmens rechtskräftig wegen einer in § 123 GWB genannten Straftat verurteilt wurden und dass keine schwerwiegenden Verfehlungen im Sinne des § 124 GWB begangen wurden. Der AN hat ferner *wahrheitsgemäße* Angaben zu seiner Eignung (Fachkunde, Leistungsfähigkeit, Zuverlässigkeit) gemacht und alle im Vergabeverfahren geforderten Nachweise vorgelegt.
- (2) Der AN verpflichtet sich, dem AG auf Verlangen jederzeit die zur Überprüfung der Eignung und Zuverlässigkeit erforderlichen Nachweise und Bescheinigungen vorzulegen. Hierzu zählen insbesondere: aktueller Auszug aus dem Handels- oder Gewerbezentralregister, gültige Unbedenklichkeitsbescheinigungen des Finanzamts und der Sozialversicherungsträger, Nachweise über die Eintragung in die Handwerksrolle oder Industrie- und Handelskammer, Referenznachweise über vergleichbare Leistungen sowie ggf. Zertifikate (z. B. ISO-Zertifizierungen), soweit solche im Vergabeverfahren verlangt wurden.
- (3) Der AN hat die steuerliche Zuverlässigkeit seines Unternehmens durch eine aktuelle Bescheinigung des Finanzamts über steuerliche Unbedenklichkeit nachzuweisen. Diese Bescheinigung ist

Wartung- und Instandhaltungsvertrag
für die USV-Anlagen im Betriebsgebäude Tunnel Innsbrucker Platz (TIP)

vom AN vor Vertragsunterzeichnung vorzulegen und auf Verlangen des AG während der Vertragslaufzeit zu erneuern.

- (4) Sollte nach Vertragsschluss eintreten, dass ein Ausschlussgrund im Sinne von § 123 GWB vorliegt (z. B. aufgrund neuer strafrechtlicher Verurteilungen) oder der AN die Anforderungen an die Eignung nicht mehr erfüllt (z. B. Eröffnung des Insolvenzverfahrens, Wegfall einer erforderlichen Zertifizierung), so wird der AN den AG hierüber unverzüglich schriftlich informieren. In einem solchen Fall ist der AG berechtigt, den Vertrag aus wichtigem Grund fristlos zu kündigen. Weitergehende Rechte des AG bleiben unberührt, insbesondere Ansprüche auf Schadensersatz sowie die Möglichkeit, den AN von zukünftigen Vergabeverfahren auszuschließen.

§ 16 Nachhaltigkeit und Umweltschutz

- (1) Der AN verpflichtet sich, die Leistungen nachhaltig und umweltgerecht zu erbringen. Dabei sind die einschlägigen Umweltgesetze, Verordnungen und Vorgaben des öffentlichen Auftragswesens zur Förderung von Klimaschutz und Nachhaltigkeit einzuhalten. Der AN wird insbesondere darauf achten, *Ressourcen einzusparen*, Energie effizient zu nutzen sowie Abfälle und Emissionen zu minimieren.
- (2) Verbrauchsmaterialien und Ersatzteile sollen – wo möglich – umweltfreundlich, energieeffizient und langlebig sein. Bei der Entsorgung ausgebaute Teile, insbesondere von Batterien oder elektronischen Bauteilen, beachtet der AN die gesetzlichen Entsorgungs- und Rückgabepflichten (z. B. gemäß ElektroG, BattG) und führt die Stoffe einer fachgerechten Verwertung oder Entsorgung zu. Auf Verlangen weist der AN dem AG die ordnungsgemäße Entsorgung nach (etwa durch Entsorgungsnachweise oder Recyclingzertifikate).
- (3) Sofern der AG spezielle Umwelt- oder Nachhaltigkeitsstandards für die Vertragsausführung vorgibt (z. B. Nutzung emissionsarmer Fahrzeuge, Anwendung eines Umweltmanagementsystems nach ISO 14001, Einhaltung bestimmter Energieeffizienzklassen bei Geräten), wird der AN diese Standards erfüllen. Etwaige Mehrkosten hierfür sind in den Vertragspreisen enthalten, soweit nicht ausdrücklich abweichend vereinbart.
- (4) Der AN wird bei Lieferungen im Rahmen dieses Vertrags auch die Grundsätze des *fairen und nachhaltigen Handels* beachten. Sofern zutreffend, stellt der AN sicher, dass entlang der Lieferkette Sozial- und Umweltstandards eingehalten werden (z. B. keine illegalen Rohstoffe, keine ausbeuterischen Arbeitsbedingungen bei Vorlieferanten), in Übereinstimmung mit dem Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz.

§ 17 Rechnungsstellung und Zahlungsbedingungen

- (1) Die Rechnungsstellung erfolgt durch den AN an folgende Anschrift des AG:

**Die Autobahn GmbH des Bundes
Niederlassung Nordost,
An der Autobahn 111,
16540 Hohen Neuendorf OT Stolpe.**

Wartung- und Instandhaltungsvertrag
für die USV-Anlagen im Betriebsgebäude Tunnel Innsbrucker Platz (TIP)

- (2) Auf den Rechnungen sind die Auftrags-/Vertragsnummer und – sofern vom AG vorgegeben – weitere Referenzen (z. B. Bestellnummer, Kostenstelle oder PSP-Nummer für SAP) anzugeben, um eine eindeutige Zuordnung zu ermöglichen. Die Rechnung muss den gesetzlichen Anforderungen der §§ 14, 14a UStG genügen und alle vereinbarten Angaben (Leistungszeitraum, Leistungsbeschreibung etc.) enthalten.
- (3) Bei Beanstandungen der Rechnung (z. B. fehlerhafte Angaben oder fehlende Nachweise) wird der AG den AN unverzüglich informieren. In solchen Fällen beginnt die Zahlungsfrist erst zu laufen, sobald eine berichtigte Rechnung beim AG eingeht. Gesetzliche Rechte des AG bei Mängeln der Leistung (z. B. Zurückbehaltung, Aufrechnung mit Schadensersatzansprüchen) bleiben unberührt.
- (4) Die Abrechnung erfolgt nachschüssig je Kalenderquartal. Abrechnungsquartale: Q1 (01.01–31.03), Q2 (01.04–30.06), Q3 (01.07–30.09), Q4 (01.10–31.12). Der AN darf Leistungen eines Quartals frühestens am letzten Kalendertag dieses Quartals in Rechnung stellen.
- (5) Die Zahlungsfrist beträgt 30 Kalendertage. Sie beginnt mit dem Tag nach Ablauf des jeweiligen Abrechnungsquartals, frühestens jedoch mit dem Tag nach Zugang der prüffähigen Rechnung beim AG. Beispiel: Leistungen aus Januar, Februar und März sind zum 31.03. abrechenbar. Die Frist läuft grundsätzlich vom 01.04. bis 30.04. Geht die prüffähige Rechnung später zu, beginnt die Frist mit dem Tag nach dem Zugang. Die Zahlung gilt als rechtzeitig, wenn der AG am letzten Tag der Frist den Überweisungsauftrag an sein Kreditinstitut erteilt hat. Skonti oder sonstige Abzüge werden vom AG nicht gewährt, sofern nicht ausdrücklich anders vereinbart.
- (6) Die Rechnung muss den Abrechnungszeitraum, die vertraglich definierten Leistungsinhalte, die zugehörigen Nachweise und, soweit einschlägig, Dokumentation gemäß § 18 enthalten. Bei Beanstandungen läuft die Zahlungsfrist erst ab Zugang der berichtigten prüffähigen Rechnung. Vor Rechnungsstellung sind Wartungs- und Arbeitsberichte (§ 18 Abs. 1) und rechnungsbegründende Unterlagen zur Prüfung zu übersenden.
- (7) Abschläge vor Quartalsende und Vorschüsse sind ausgeschlossen.
- (8) Änderungen des vertraglich geschuldeten Leistungsumfangs wirken sich ab wirksamem Änderungszeitpunkt pro rata temporis auf die Quartalsbeträge aus. Grundlage sind die mit Zuschlag angenommenen Einheitspreise.

§ 18 Dokumentation und Audit

- (1) Der AN verpflichtet sich zur lückenlosen Dokumentation aller im Rahmen dieses Vertrags erbrachten Leistungen. Sämtliche Wartungen, Inspektionen, Instandsetzungen sowie Störungsbehebungen sind in geeigneter Weise festzuhalten. Insbesondere sind Arbeitsberichte zu führen, die Datum, Uhrzeit, ausgeführte Tätigkeit, eingesetztes Personal, verwendete Materialien/Ersatzteile sowie Ergebnisse (Testergebnisse, Messwerte etc.) enthalten.
- (2) Die Dokumentation hat digital zu erfolgen. Der AN verwendet dazu entweder das vom AG bereitgestellte System/Portal oder – falls vom AG nicht vorgegeben – eigene digitale Aufzeichnungen in gängigem Format (z. B. PDF-Berichte), die er dem AG regelmäßig (mindestens quartalsweise, auf Verlangen auch sofort) zur Verfügung stellt. Der AN wird dem AG auf Anforderung Echtzeit-Zugriff auf relevante digitale Wartungsdaten gewähren, sofern dies technisch vorgesehen ist.

Wartung- und Instandhaltungsvertrag
für die USV-Anlagen im Betriebsgebäude Tunnel Innsbrucker Platz (TIP)

- (3) Der AG und von ihm Beauftragte haben das Recht, während der Vertragslaufzeit Audits und Überprüfungen beim AN durchzuführen, um die vertragskonforme Leistungserbringung zu kontrollieren. Dies umfasst fachliche Audits (Qualitätskontrollen der ausgeführten Wartungen), Dokumentationsprüfungen (Einsicht in Wartungs- und Prüfprotokolle) sowie Compliance-Audits (Überprüfung der Einhaltung der in diesem Vertrag festgelegten Pflichten, einschließlich Arbeitsschutz, Datenschutz, IT-Sicherheit, Nachhaltigkeit und Vergaberegeln). Der AN wird bei Audits aktiv mitwirken, den Prüfern Zugang zu relevanten Unterlagen, Anlagen und Bereichen gewähren und die erforderlichen Auskünfte erteilen.
- (4) Stellt der AG im Rahmen von Dokumentationsprüfungen oder Audits Mängel oder Unstimmigkeiten fest (z. B. lückenhafte Protokolle, Abweichungen zwischen berichtetem und tatsächlichem Leistungsumfang, Nicht-Einhaltung von Vorschriften), so hat der AN diese auf eigene Kosten unverzüglich zu beheben und offene Fragen aufzuklären. Erkennt der AN selbst Unregelmäßigkeiten in der Dokumentation, wird er den AG hierauf hinweisen und gemeinsam mit dem AG Abhilfemaßnahmen abstimmen.
- (5) Der AN hat alle Dokumentationsunterlagen für einen Zeitraum von mindestens 10 Jahren nach Ende des Vertrags aufzubewahren. Diese Verpflichtung besteht auch über das Vertragsende hinaus. Gesetzliche Aufbewahrungsfristen, die über den genannten Zeitraum hinausgehen, bleiben unberührt.

§ 19 Vertragskontrolle und Eskalation bei Leistungsstörungen

- (1) Der AG ist berechtigt, die Leistungserbringung des AN laufend zu überwachen und zu kontrollieren. Hierzu kann der AG sich über den Fortschritt der Arbeiten informieren, Zwischenstände und Berichte anfordern sowie eigenständig (oder durch Dritte) Stichproben und Qualitätsprüfungen vor Ort durchführen. Der AN wird dem AG und seinen Vertretern den hierfür nötigen Zugang gewähren und Auskünfte nicht unbillig verweigern.
- (2) Zeigen sich Leistungsstörungen oder Mängel in der Vertragserfüllung (z. B. wiederholte Verzögerungen, Nichterreichen vereinbarter Leistungsziele, Verletzungen von Pflichten aus diesem Vertrag), wird der AG den AN hierauf schriftlich hinweisen und Abhilfe innerhalb einer angemessenen Frist verlangen. Der AN hat die aufgetretenen Probleme unverzüglich zu analysieren und geeignete Gegenmaßnahmen einzuleiten. Über die Ursachen und die eingeleiteten Korrekturmaßnahmen wird der AN den AG schriftlich informieren.
- (3) Eskalationsstufen: Werden Probleme trotz schriftlicher Mahnung nicht oder nicht vollständig behoben, tritt ein Eskalationsverfahren in Kraft. In einem solchen Fall kann der AG ein Eskalationsgespräch anfordern, bei dem verantwortliche Vertreter beider Parteien (Projektleiter bzw. im Bedarfsfall höheres Management) teilnehmen. In diesem Gespräch sind die Leistungsstörungen und deren Ursachen offen zu legen und ein verbindlicher Maßnahmen- und Zeitplan zur Problembeseitigung zu vereinbaren. Der AN wird alle zumutbaren Anstrengungen unternehmen, um die vereinbarten Maßnahmen fristgerecht umzusetzen.
- (4) Zeigt sich auch nach der Eskalation keine ausreichende Leistungsverbesserung, ist der AG berechtigt, weitere vertragliche Schritte zu ergreifen. Dies umfasst insbesondere: Einbehalt von Zahlungen im gesetzlich zulässigen Rahmen, Vertragsstrafen gemäß § 20 (soweit anwendbar), Schadensersatzforderungen sowie – bei schweren oder fortdauernden Verstößen – die Kündigung aus

Wartung- und Instandhaltungsvertrag
für die USV-Anlagen im Betriebsgebäude Tunnel Innsbrucker Platz (TIP)

wichtigem Grund gemäß § 2 Abs. 4. Vor einer Kündigung wird der AG den AN in der Regel letztmalig schriftlich abmahnen und eine kurze Nachfrist zur Vertragserfüllung setzen, sofern dem nicht bereits erfolgte Eskalationsschritte vorausgegangen sind. Gesetzliche Rechte des AG bleiben durch dieses Eskalationsverfahren unberührt.

- (5) Der AG wird die Vertragskontrolle in angemessener Weise ausüben, sodass der betriebliche Ablauf des AN nicht unangemessen gestört wird. Insbesondere werden Vor-Ort-Kontrollen mit angemessener Vorankündigung erfolgen, außer in dringenden Fällen, die ein sofortiges Eingreifen erfordern. Beide Parteien benennen Ansprechpartner für das Eskalationsmanagement, über die kurzfristig eine Kommunikation im Problemfall erfolgen kann.

§ 20 Vertragsstrafen

- (1) Zur Absicherung der strikten Einhaltung der in § 5 festgelegten Reaktionszeiten vereinbaren die Parteien folgende Vertragsstrafenregelung:

Verletzt der AN schuldhaft die Verpflichtung zur Einhaltung der Reaktionszeiten gemäß § 5 dieses Vertrags, so verwirkt er eine Vertragsstrafe in Höhe eines bzw. von

- 1 Prozentpunktes der jährlichen Wartungspauschale (netto) je Verstoß nach Priorität 1
- 0,75 Prozentpunkten der jährlichen Wartungspauschale (netto) je Verstoß nach Priorität 2
- 0,5 Prozentpunkt der jährlichen Wartungspauschale (netto) je Verstoß nach Priorität 3

Die Gesamtsumme der Vertragsstrafen aus diesem Vertrag und der VV (Anlage WIV 24) innerhalb eines Zeitraumes eines Wartungsjahres darf jedoch 5 Prozent der jährlichen Wartungspauschale (netto) nicht überschreiten. Die Vertragsstrafe wird für *jeden* einzelnen Fall der Fristüberschreitung fällig, unabhängig davon, ob dem AG ein konkreter Schaden entstanden ist. Sie ist binnen 30 Tagen nach schriftlicher Geltendmachung durch den AG zu zahlen.

- (2) Die Geltendmachung einer Vertragsstrafe lässt weitergehende Ansprüche des AG unberührt. Insbesondere kann der AG anstelle oder neben der Vertragsstrafe Schadensersatz wegen Nichterfüllung verlangen, sofern dem AG durch die Pflichtverletzung ein Schaden entstanden ist. In diesem Fall wird eine gezahlte Vertragsstrafe auf den Schadensersatzanspruch angerechnet, soweit es sich um denselben Sachverhalt handelt. Der AG ist berechtigt, fällige Vertragsstrafen durch Aufrechnung von offenen Vergütungsansprüchen des AN abzuziehen.
- (3) Die Vertragsparteien vereinbaren ausdrücklich, dass diese Vertragsstrafe auch dann verbindlich ist, wenn ihre Höhe im Einzelfall den voraussehbaren Schaden übersteigen sollte. Eine Herabsetzung nach § 343 BGB (gerichtliches Mäßigungsrecht) ist nur in dem gesetzlich zwingend vorgeschriebenen Umfang möglich.

§ 21 Schriftform und Vertragsänderungen

- (1) **Schriftformerfordernis:** Sämtliche Änderungen, Ergänzungen oder sonstige Vereinbarungen zu diesem Vertrag – einschließlich etwaiger Nebenabreden und Vereinbarungen zur Aufhebung des Vertrags – bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Schriftform. Die Schriftform gilt auch als gewahrt durch Verwendung elektronischer Signaturen, die den Anforderungen des § 126a BGB genügen (qualifizierte elektronische Signatur). Mündliche Abreden, auch Nebenabsprachen oder Zusicherungen, bestehen nicht und sind unwirksam, sofern sie nicht schriftlich vom AG bestätigt werden.
- (2) **Vertragsänderungen nach Vergaberecht:** Änderungen des Vertragsinhalts während der Vertragslaufzeit richten sich zudem nach den vergaberechtlichen Bestimmungen. Soweit es sich um wesentliche Änderungen handelt, die eine Neuausschreibung erfordern könnten (gemäß § 132 GWB oder § 47 VgV), sind diese unzulässig. Nicht-wesentliche Leistungsänderungen oder -erweiterungen sind nur im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben zulässig und ebenfalls schriftlich zu vereinbaren.
- (3) **Schriftformklausel:** Diese Schriftformklausel kann selbst nur schriftlich abgeändert oder aufgehoben werden.

§ 22 Salvatorische Klausel

Sollte eine Bestimmung dieses Vertrags ganz oder teilweise unwirksam oder undurchführbar sein oder werden, so bleibt die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen hiervon unberührt. Anstelle der unwirksamen oder undurchführbaren Bestimmung werden die Parteien eine Regelung vereinbaren, die dem wirtschaftlichen Sinn und Zweck der unwirksamen Bestimmung in rechtlich zulässiger Weise am nächsten kommt. Entsprechendes gilt, falls der Vertrag eine Lücke enthalten sollte – zur Schließung der Lücke werden die Parteien eine angemessene Regelung vereinbaren, die dem nahekommt, was sie bei Kenntnis der Lücke vereinbart hätten.

§ 23 Vertragssprache

Die Vertragssprache ist **Deutsch**. Dieser Vertrag wurde in deutscher Sprache abgefasst; maßgeblich ist ausschließlich der deutsche Vertragstext. Jegliche Kommunikation zwischen den Vertragsparteien – sei es mündlich oder schriftlich, insbesondere Meldungen, Berichte, Dokumentationen und Korrespondenz – erfolgt in deutscher Sprache, soweit nicht gesetzlich etwas anderes zwingend vorgeschrieben ist. Sollten Übersetzungen dieses Vertrags oder einzelner Bestimmungen in eine andere Sprache angefertigt werden, dienen diese lediglich der Verständigung. Bei Abweichungen geht der deutsche Wortlaut vor.

Wartung- und Instandhaltungsvertrag
für die USV-Anlagen im Betriebsgebäude Tunnel Innsbrucker Platz (TIP)

§ 24 Rechts- und Gerichtsstandswahl

Für diesen Vertrag gilt deutsches Recht mit Ausnahme der Bestimmungen des internationalen Privatrechts. Für alle Streitigkeiten aus diesem Vertrag ist, soweit nicht gesetzlich zwingend etwas anderes bestimmt ist, der Gerichtsstand Berlin vereinbart.

Für den Auftraggeber:

Die Autobahn GmbH des Bundes,
Niederlassung Nordost
An der Autobahn 111
16540 Hohen Neuendorf OT Stolpe

Geschäftsbereichsleiterin GB C Frau Kerstin Finis-Keck

Für den Auftragnehmer:

Kerstin Finis-Keck
(Datum, Unterschrift AG)

[Name des Vertretungsberechtigten AN]
(Datum, Unterschrift AN)